

Leitfragen für das 1. Forum „Verantwortung statt Gier“

1. Was ist passiert und welche Folgen hat die Krise?

- Woran scheiterte der Finanzmarktkapitalismus?
- Was sind die Krisenfolgen im globalen Maßstab, wie beeinflusst die Krise Schwellen- und Entwicklungsländer?

2. Wer ist verantwortlich?

- Welche Verantwortung hat die Wissenschaft und Politik am „freien Lauf“ der Marktkräfte, die zur Krise führten?
- Welchen Beitrag haben die verschiedenen politischen Akteure auf nationaler und europäischer Ebene (Kommission/Rat/EP) zur Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus geleistet?

3. Welche Mittel sollten zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden?

- Welche Bedingungen schafft der Staat für Bürgschaften und Verstaatlichungen mit Steuergeldern?
- Sind Konjunkturprogramme vor dem Hintergrund der Rekordverschuldung sinnvoll?

4. Wie verhindern wir neue Krisen?

- Welche konkreten Finanzmarkt-Regulierungen muss ein neuer, international wirkender politischer Ordnungsrahmen beinhalten, der neue Krisen verhindert und gesellschaftliche Verantwortung stärkt?
- Wo liegen die Chancen und Grenzen von staatlichen, gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Eigentum?
- Wo müssen global angelegte Reformen zur Überwindung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ansetzen?

1. Was ist passiert und welche Folgen hat die Krise?

Thomas Sablowski:

1. Im Zuge der Globalisierung und der verschärften Weltmarktkonkurrenz wurden die Produktionskapazitäten über die zahlungsfähige Nachfrage hinaus ausgeweitet. Gleichzeitig wurde jahrzehntelang von unten nach oben umverteilt. Die Lohnquote ist drastisch gesunken. Dies hat die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Überproduktion verstärkt.
2. Die Umverteilung hat auch dazu geführt, dass die Reproduktion der Lohnabhängigen immer stärker von den Finanzmärkten abhängig geworden ist. Die Lohnabhängigen wurden dazu gezwungen, verstärkt zu sparen bzw. Kredite aufzunehmen, um Grundbedürfnisse wie Wohnen, Mobilität, Bildung, Gesundheit und Alterssicherung überhaupt einigermaßen befriedigen zu können. Die Reproduktion der Lohnabhängigen ist auf diese Weise zum Motor der Akkumulation des Finanzkapitals geworden. Aber dieser Prozess ist an Grenzen gestoßen, weil die Kluft zwischen den Löhnen und den Verzinsungsansprüchen des Finanzkapitals unüberbrückbar geworden ist.
3. Die Nachfrage nach Automobilen in den kapitalistischen Zentren ist zunehmend gesättigt, es existieren enorme Überkapazitäten. Gleichzeitig entfällt jedoch immer noch ein großer Teil der Wertschöpfung auf die Automobilindustrie. Insbesondere Deutschland ist extrem von der Automobilindustrie abhängig. Die sektorale Krise der Automobilindustrie wird daher unvermeidlich zur gesamtwirtschaftlichen Krise.
4. Die Verbriefung von Krediten und die Entwicklung von Kreditderivaten haben zwar eine starke Ausweitung der Kredite (und damit das Wachstum der Wirtschaft) ermöglicht, aber auch die systemischen Risiken verstärkt. Mit dem Beinahezusammenbruch des globalen Finanzsystems sind die Grenzen der Expansion der Finanzmärkte offensichtlich geworden.
5. Die Globalisierung geht mit einer zunehmend ungleichen Entwicklung einher. Die USA haben seit Jahren weitaus mehr konsumiert als produziert, mehr importiert als exportiert. Ohne die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der USA wäre allerdings auch das exportorientierte Wachstum in Ländern wie Deutschland, Japan und China nicht möglich gewesen. Die Überschuldung der US-amerikanischen Konsumenten und Produzenten und die Exportüberschüsse Deutschlands, Japans und Chinas sind zwei Seiten einer Medaille. Die USA konnten sich diese Verschuldung nur leisten, weil der US-Dollar noch immer als „Weltgeld“ fungiert. Die gegenwärtige Krise verweist auf die Grenzen dieser ungleichen Entwicklung.
6. Auch innerhalb der EU haben die Ungleichgewichte zugenommen: Da die Lohnstückkosten in Deutschland stärker gesunken sind als in den meisten anderen Ländern der EU, haben deutsche Unternehmen die europäischen Partner nieder konkurriert. Wenn die europäische Integration nicht im Bereich der Fiskalpolitik vertieft und keine solidarische Lohnpolitik durchgesetzt wird, könnte es sein, dass die EU in ihrer derzeitigen Form auseinander bricht.
7. Gerade sehr exportabhängige Länder wie Deutschland und Japan haben die stärksten Einbrüche bei der Produktion zu verzeichnen. Einzelne große Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien haben in den letzten Jahren in der Weltwirtschaft an Gewicht gewonnen und werden möglicherweise auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen, wenn es ihnen gelingt, ihre Binnenmärkte stärker zu entwickeln. Eine Reihe anderer Länder wie Spanien, Irland und die meisten Staaten Osteuropas werden dagegen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahre zurückgeworfen.
8. Tiefe und Dauer der Krise sind noch nicht absehbar. Klar ist aber, dass es sich um die tiefste Krise seit dem 2. Weltkrieg bzw. seit der Großen Depression der 30er Jahre handelt. Die Internationale Arbeitsorganisation hat im Januar geschätzt, dass die Krise weltweit bis zu 51 Millionen zusätzliche Arbeitslose mit sich bringen könnte. Diese Schätzung war wahrscheinlich noch zu optimistisch, denn inzwischen geht man allgemein von einem weitaus stärkeren Produktionseinbruch aus als im Januar.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Eckart Hein:

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise ist Ausdruck der Ungleichgewichte eines finanzdominierten Kapitalismus, der sich seit den 1980er Jahren insbesondere ausgehend von den USA entwickelt hat. Wesentliche Merkmale sind die Deregulierung und Liberalisierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Abbau (sozial)staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, sowie die Umverteilung von den (unteren) Arbeitseinkommen zu den hohen Managergehältern und den Gewinneinkommen. Dieses Modell hat in einigen Ländern (USA, UK) in Kombination mit einer dort praktizierten expansiven makroökonomischen Politik zu zeitweise beachtlichen Wachstumsraten und geringer Arbeitslosigkeit geführt, und es hat auch einer langen Prosperitätsphase der Weltkonjunktur bis zur jüngsten Krise nicht im Wege gestanden. Allerdings beruhte diese Entwicklung auf erheblichen Ungleichgewichten auf nationaler und internationaler Ebene, die die gegenwärtige Krise hervorgerufen haben.

Die wirtschaftliche Dynamik in den USA wurde wesentlich durch den privaten Konsum getragen, die Investitionstätigkeit war aufgrund der Shareholder-Value-Orientierung des Managements und von hohen Dividendenausschüttungen eher schwach. Die Konsumdynamik war bei schwacher Lohnentwicklung aber nur dadurch möglich, dass sich die privaten Haushalte zunehmend verschuldeten. Die Lockerung der Kreditstandards einerseits sowie zuerst der Aktienboom und dann der Immobilienboom andererseits ermöglichten diesen Konsumboom. Eine solche Konstellation ist sehr fragil, weil sie auf ständig steigende Vermögenspreise angewiesen ist. Ein Anstieg der Zinssätze oder der „zufällige“ Ausfall von Krediten in einem Marktsegment kann zu einem raschen Zusammenbruch führen, wie die „subprime mortgage“-Krise seit Sommer 2007 zeigt. Da der Konsumboom in den USA mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und damit mit hohen Kapitalimporten aus dem Rest der Welt einherging, waren die Überschussländer dann zum einen relativ schnell auch von der Finanzmarktkrise und durch den Zusammenbruch ihrer Exporte dann zum anderen auch besonders stark durch die realwirtschaftliche Krise betroffen.

Nach dieser Krise werden die USA auf absehbare Zeit als Weltkonjunkturlokomotive ausfallen. Europa und der Euroraum angeführt durch Deutschland sind bisher nicht bereit und in der Lage, an die Stelle der USA zu treten, China hat alleine wirtschaftlich noch zu wenig Gewicht, gleiches gilt auch für Japan. Die Weltkonjunktur und damit auch die Lage in den Schwellen- und Entwicklungsländern werden daher noch auf Jahre von einer deutlich geringeren Dynamik mit stagnativen Tendenzen gekennzeichnet sein.

Wolfgang Müller:

Das Spiel ist vorbei. Die Finanzkrise war der Auslöser für die globale Überproduktions- und Unterkonsumtionskrise. Die Finanzkrise verschärft zugleich die Krise der Realwirtschaft.

Die Folgen sind die üblichen: Vernichtung von Produktionskapazitäten, Neuverteilung der Ligaplätze in der kapitalistischen Konkurrenz, zwischen Staaten und Staatengruppen. Für die Bevölkerung bedeutet die Krise Zunahme der Verelendung, weitere Verarmung von Milliarden Menschen besonders in den Entwicklungsländern.

Dieser Prozess kann Jahre oder auch ein Jahrzehnt dauern, bis das Theater von neuem beginnt, ein neuer kapitalistischer Wachstumszyklus startet.

Wilfried Preisendörfer:

„Gier frisst Hirn“. So ist die Entwicklung auf den Finanzmärkten in den letzten Jahren zu beschreiben. Letztlich ist der Finanzkapitalismus an seinen eigenen anarchistischen Zuständen gescheitert. Das Sozialprodukt – der weltweit jährlich geschaffene Reichtum – ist heute sechsmal so groß wie 1980. Die Finanzmärkte wurden seither aber um das 17-fache aufgebläht. Immer mehr Geld dreht das Spekulationskarussell immer schneller. 80 Prozent aller Wertpapiere wechseln innerhalb von acht Tagen ihren Besitzer. Manche innerhalb von Minuten oder Sekunden. Die Finanzmärkte sind zum Spielcasino geworden.

M. E. sind die Krisenfolgen im globalen Maßstab noch nicht abzuschätzen.

Während wir in Deutschland aufgrund unseres 3-Säulen-Modells in der Finanzwirtschaft mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen, den Volks- und Raiffeisenbanken sowie den Privat- und Großbanken besser aufgestellt sind, als viele andere Länder, die das angelsächsische Bankenmodell haben. Denn die Sparkassen und die Volks- und Raiffeisenbanken haben sich nicht auf den internationalen Finanzmärkten eingebracht.

Klar ist auch, dass einige Schwellenländer, aber vor allen Dingen die Entwicklungsländer enorm unter der Krise leiden. Nicht zu vergessen sind auch viele osteuropäische Länder, wie z. B. Ungarn, Rumänien, von dieser Krise besonders betroffen sind.

2. Wer ist verantwortlich?

Thomas Sablowski:

Es macht wenig Sinn, die „Gier“ der Manager alleine für die Krise verantwortlich zu machen. Selbstverständlich nutzen sie ihre gesellschaftliche Position, um sich zu bereichern. Es handelt sich aber um systemische Probleme. Alle Akteure sind an den Verhältnissen beteiligt und dafür in unterschiedlicher Weise verantwortlich. Neoliberale Ökonomen haben jahrzehntelang gepredigt, dass nur freie Märkte ein Maximum an Wohlstand bringen und dass der Staat sich so weit wie möglich zurückziehen sollte. Journalisten haben diese Ideologie weiterverbreitet und Politiker aller etablierten Parteien haben sie umgesetzt. Mit Unterstützung der Politik haben die Wirtschaftswissenschaften andere Sozialwissenschaften verdrängt, innerhalb der Wirtschaftswissenschaften hat die Betriebswirtschaftslehre die Volkswirtschaftslehre verdrängt, die Mikroökonomie hat die Makroökonomie verdrängt, die neoklassische Theorie hat alle heterodoxen Ansätze (Keynesianismus, Marxismus etc.) verdrängt, bis sich das neoliberale Einheitsdenken durchgesetzt hat. Regierungen und Politiker aller etablierten Parteien haben die Umverteilung zu Ungunsten der Lohnabhängigen durch Sozialabbau und eine regressive Steuerpolitik vorangetrieben. Die Parlamente haben die Regulierung der Finanzmärkte und die Ausarbeitung der Rechnungslegungsstandards weitgehend privaten Akteuren überlassen. Sie haben es zugelassen, dass sich ein unreguliertes Schattenbankensystem entwickeln konnte. Mit den europäischen Verträgen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs wurden neoliberale Grundsätze fest institutionalisiert. Auch die deutschen Gewerkschaften – d.h. wir alle – sind für die Umverteilung von unten nach oben mitverantwortlich, weil sie (wir) – entgegen ihren (unseren) Verlautbarungen – ihre (unsere) tarifpolitischen Grundsätze bezüglich einer Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen oder wenigstens einer verteilungsneutralen Lohnpolitik nicht umgesetzt haben. Teilweise wurden Kämpfe aus falscher Rücksicht auf die SPD nur halbherzig geführt.

Eckart Hein:

Die gegenwärtige Krise ist das Ergebnis systemischer Prozesse und hat daher nur vordergründig mit einem Mangel an Verantwortung oder mit individuellem Versagen (Gier) zu tun. Verantwortlich sind vielmehr die Kräfte und Interessen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, die auf die Entfesselung der Marktkräfte als Gegenmodell zu einem sozial regulierten Kapitalismus der 50er/60er/70er Jahre gesetzt haben. In der Wissenschaft trifft dies die Vertreter des Monetarismus und der Neu-Klassik, in Deutschland in der eher schlichten Variante der Angebotsökonomie (Sachverständigenrat, Gemeinschaftsdiagnose der führenden Forschungsinstitute, etc.) daher kommend, aber eigentlich auch wesentliche Vertreter des international nun dominierenden Neu-Keynesianismus. Diese Sichtweisen haben auch die internationalen Institutionen (IWF, Weltbank, OECD, Europäische Kommission) dominiert und sind in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen fast aller politischen Parteien in Deutschland (FDP, CDU/CSU, Grüne, SPD) fest verankert. Bekanntlich hat gerade das zweite rot-grüne Kabinett Schröder wesentliche Deregulierungsschritte auf den Arbeitsmärkten und den Finanzmärkten in Deutschland vor dem Hintergrund einer vollständig missverstandenen wirtschaftlichen Lage in Deutschland durchgesetzt.

Wolfgang Müller:

Das Dogma von der „unsichtbaren Hand des Marktes“ ist in den letzten 30 Jahren, in Europa spätestens seit dem Fall der Mauern das Credo der meisten Medien und des Mainstreams der Wissenschaften. Die europäische und die bundesdeutsche Politik sind dem willig gefolgt. Die Politik in Europa ist dabei zu einer reinen Wirtschafts- und Finanzveranstaltung verkommen. Regierungen, Bundes- und Länderfinanzminister und die Aufsichtsbehörden haben versagt. Sie haben alle Schranken für die Zockerei deutscher Banken aufgehoben und die Türen für „Heuschrecken“ weit geöffnet.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Wilfried Preisendörfer:

In erster Linie verantwortungslose (Bank-)Manager, die mit Forderungen wie z. B. eine 25%-ige Eigenkapitalrendite angestoßen und herbeigeführt haben.

Die Finanzmärkte sollen eigentlich der Finanzierung von Investitionen dienen. Stattdessen haben Zocker und Finanzjongleure sie immer mehr zum Spielcasino für den schnellen Profit gemacht. Denn mit Investitionen in die reale Wirtschaft ließ sich nicht mehr so viel verdienen.

Leider hat die Politik auf den Finanzmärkten immer mehr erlaubt. Die Spielregeln auf den internationalen Finanzmärkten wurden abgebaut. Hedgefonds und Private-Equity-Fonds konnten ganze Unternehmen filetieren und zerschlagen. Dieses ging zu Lasten der Beschäftigten und der Allgemeinheit. Hauptsache die Finanzjongleure konnten ihre profitablen Renditen erzielen. Wurde in diesem Zusammenhang von „Heuschrecken“ gesprochen, ging ein Aufschrei durch unser Land. Die Neoliberalen und ihre Anhänger ließen uns bis vor kurzem noch wissen, dass der Markt es schon richten würde und so wenig Staat wie möglich erforderlich sei. Heute hören davon wenig, aber das Gedankengut ist m. E. immer noch in den Köpfen.

Auf nationaler Ebene kamen keine erkennbaren, rechtzeitigen Signale z. B. von der Bankenaufsicht. Hauptsache es lag eine „gutes Rating“ vor.

Die europäische Ebene hat einen entscheidenden, negativen Einfluss zur Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus geleistet. So hat sich diese, teilweise „gesponsert“ durch die Privatbankenvereinigung, über Jahre mit dem bei uns existierenden 3-Säulen-Modell im Finanzgewerbe beschäftigt. Ziel dieser Aktionen war in erster Linie, vor allen Dingen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die in Deutschland Marktführer sind, abzuschaffen. Zielsetzung war hierbei, auch bei uns ein angelsächsisches Bankenmodell zu installieren, in dem wenige Großbanken den Markt beherrschen. Herr Mc Creewy, als zuständiger EU-Kommissar, hätte sich besser um die Hedgefonds und die Equitifonds gekümmert, anstatt immer wieder Angriffe auf das deutsche Modell zu starten.

3. Welche Mittel sollten zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden?

Thomas Sablowski:

Eine Verstaatlichung des gesamten Bankensektors wäre letztendlich billiger und effektiver (gewesen) als die Bankenrettungspakete und „bad banks“, die vor allem darauf zielen, Eingriffe in das private Eigentum möglichst zu vermeiden. Wenn Steuergelder eingesetzt werden, so muss der Staat im Gegenzug auch Eigentumsrechte übernehmen. Allerdings zeigt die Entwicklung der Landesbanken, dass das juristische Eigentum des Staates noch keine Garantie für eine Geschäftspolitik im gesellschaftlichen Interesse ist. Notwendig ist es deshalb, perspektivisch neue Formen der Vergesellschaftung des Kapitaleigentums und der Wirtschaftsdemokratie zu entwickeln. Die Verstaatlichung von Banken und Konzernen in den Schlüsselsektoren ist dafür eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung.

Konjunkturprogramme sind durchaus sinnvoll, um einen noch tieferen Absturz der Produktion zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern. Dass damit die Staatsverschuldung steigt, kann kein Argument gegen Konjunkturprogramme sein, denn der Anstieg der Staatsverschuldung in der Krise ist ohnehin unvermeidlich. Die Staatsverschuldung steigt auch, wenn der Staat nicht eingreift oder gar spart, weil dann die Arbeitslosigkeit noch stärker steigt und die Steuereinnahmen noch mehr wegbrechen. Die deutschen Konjunkturprogramme müssten allerdings größer angelegt und vor allem konsequent sozial und ökologisch ausgerichtet werden. Sinnvoll sind vor allem direkte staatliche Investitionen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich, der Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs, die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, die ökologische Gebäudesanierung etc.

Eine Schrumpfung sowohl des Finanzsektors als auch des Automobilsektors ist unvermeidlich. Es stellt sich nur die Frage, ob dies durch eine „wilde“ Entwertung von Kapital oder sozialverträglich durch gezielte staatliche Eingriffe geschieht. Es gilt insbesondere, das Thema der Konversion der Automobilindustrie auf die Tagesordnung zu setzen. Bisher ist die Arbeitslosigkeit seit den 1970er Jahren in Deutschland mit jedem Konjunkturzyklus auf ein höheres Niveau geklettert. Um dies zu vermeiden, ist es unter anderem notwendig, eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Eckart Hein:

Bei der Krisenbekämpfung geht es kurzfristig darum, den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern und gleichzeitig die reale Wirtschaftskrise zu bekämpfen, da sich Finanz- und Wirtschaftskrise wechselseitig verstärken. Für die Rettung des Banken- und Finanzsystems werden daher auch zukünftig erhebliche öffentliche Mittel aufgewendet werden müssen. Grundsätzlich muss, anders als in der Vergangenheit, jedoch gelten: „Keine Leistung ohne Gegenleistung“. Hierfür sind unterschiedliche Modelle denkbar. Im Ergebnis bedeutet dieses Prinzip jedoch, dass wesentliche Teile des Finanzsektors verstaatlicht werden müssen, um sie zu sanieren. Danach können diese Institutionen durchaus als teilstaatliche, kommunale, genossenschaftliche etc. Institutionen weitergeführt werden oder gegen eine dann marktgerechte Entschädigung reprivatisiert werden. Das Ergebnis wird jedoch eine deutliche Verkleinerung des Finanzsektors sein und daher ist es vermutlich auch eine Illusion zu glauben, die gegenwärtigen Belastungen der öffentlichen Haushalte könnten zumindest langfristig durch Reprivatisierungserlöse ausgeglichen werden.

Zwecks Dämpfung des wirtschaftlichen Abschwungs sind deutlich über das zweite Konjunkturpaket hinausgehende Anstrengungen erforderlich. Nachdem das erste Konjunkturpaket nur kosmetischer Natur war, geht vom zweiten Paket ein relevanter Impuls aus (1,4% 2009, 1,7% 2010). Allerdings liegt Deutschland als das Land, das mit am stärksten von der Rezession betroffen ist, hiermit weiterhin nur im mittleren Bereich der Interventionsskala. Die neo-merkantilistische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die zu den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten und zur Schärfe der Krise erheblich beigetragen hat, ist also noch nicht überwunden. Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hat zwar einerseits das Notwendige zur Stabilisierung des Geldmarktes getan, andererseits aber die Stützung der Konjunktur bisher vernachlässigt. Auch hier sind eine nochmalige Senkung des Zinssatzes und dann auch eine Politik der direkten Interventionen durch den Ankauf von Staats- und Industrieanleihen erforderlich. Seitens der Lohnpolitik muss zudem alles getan werden, um eine Deflation, d.h. einen dauerhaften Rückgang der Lohnstückkosten zu verhindern.

Wolfgang Müller:

Staatliche Konjunkturprogramme sind grundsätzlich nötig, um den dramatischen Nachfrageeinbruch wenigstens teilweise auszugleichen und damit die Krise vielleicht schneller überwunden wird. Diesen Zweck können Konjunkturprogramme aber nur dann erfüllen, wenn sie eine angemessene Größenordnung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft haben und wenn sie schnell und nicht erst in 2-3 Jahren wirken. Unter beiden Gesichtspunkten gehen die Konjunkturprogramme der Bundesregierung großteils an den Problemen vorbei.

Hinzu kommt: „Wir sind die Chinesen Europas.“ Exzessive Exportorientierung und systematische Dämpfung der Binnennachfrage und Lohndumping waren Eckpfeiler der deutschen wie der chinesischen Wirtschaftspolitik. Die Krise demonstriert das Versagen dieses Modells.

Ein Konjunkturprogramm muss hier ansetzen und in erster Linie die Binnennachfrage massiv steigern. Zumal die Gewerkschaften, die sich schon in der Hochkonjunktur kaum gegen das Lohndumping wehren konnten, bei dieser Aufgabe in der Krise faktisch ausfallen, weil sie mit dem dramatischen Arbeitsplatzabbau alle Hände voll zu tun haben. Aber auch unter diesem Aspekt taugt das Konjunkturprogramm wenig.

Wenn der Staat jetzt im Finanzsektor und anderswo schon zahlt oder mit Bürgschaften garantiert, sollte er wenigstens als tatsächlicher Gesamtkapitalist agieren und die Kontrolle einfordern und exekutieren.

Wilfried Preisendörfer:

Ohne staatliche Hilfen wären auch bei uns eine Reihe von Banken bereits pleite. Die IKB aber auch der Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate haben nur überlebt, weil der Staat riesige Finanzspritzen gegeben hat. Allerdings darf der Staat keine finanzielle Hilfe ohne eine entsprechende Gegenleistung gewähren. Schließlich wurden/werden die Kapitalspritzen und Bürgschaften aus Steuergeldern vergeben. So hat z. B. die Commerzbank über 18 Milliarden Euro staatliche Hilfen erhalten. Bei einem Börsenwert von rund 4 Milliarden Euro müsste sie komplett in öffentliches Eigentum übergegangen sein. Tatsächlich beläuft sich der Staatsanteil auf 25 %!

Konjunkturprogramme, die dauerhafte Beschäftigung sichern, sind notwendig. Der Staat muss alles tun, um Massenentlassungen zu verhindern und die Arbeitsplätze zu schützen. Gerade der

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

jetzige Exporteinbruch deckt die Fehler der Vergangenheit auf. Wir brauchen mehr Binnennachfrage. Aber die kann nur erfolgen, wenn Arbeitsplätze erhalten bleiben und der schleichende Realeinkommensverlust der Beschäftigten endlich aufhört.

3. Wie verhindern wir neue Krisen?

Thomas Sablowski:

Solange wir in einer Gesellschaft leben, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht wird, sind Krisen unvermeidlich. Die unterschiedlichen Formen der Regulierung beeinflussen nur die Form, die die Krisen annehmen. Die Formen der Regulierung sind nicht gleichgültig. Es macht durchaus einen Unterschied, ob die staatliche Politik weiterhin dem Paradigma der privaten Selbstregulierung des Kapitals folgt oder ob es gelingt, dem Kapital einen neuen politischen Ordnungsrahmen aufzuzwingen. Letztlich kommt es aber auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise an, d.h. darauf, dass sich die unmittelbaren ProduzentInnen, die Lohnabhängigen, die Produktionsmittel aneignen. Die Erfahrung des „real existierenden Sozialismus“ zeigt allerdings, dass bloße Verstaatlichungen und eine autoritäre Zentralverwaltungswirtschaft keine Lösung sind. Es geht längerfristig darum, neue Formen der Räte Demokratie zu entwickeln, damit sich die ProduzentInnen und KonsumentInnen auf den verschiedensten Ebenen darüber verständigen können, wie sie leben wollen, was sie produzieren wollen und wie sie arbeiten wollen.

Eckart Hein:

Krisen wie die gegenwärtige können zukünftig nur verhindert werden, wenn es gelingt, die Krisen verursachenden Ungleichgewichte zukünftig zu verhindern. Zu diesem Zweck ist einerseits eine Reregulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel der langfristigen Finanzierung einer binnenorientierten realen Entwicklung erforderlich. Hierzu gehören eine Reihe von Maßnahmen, die gegenwärtig durchaus diskutiert und teilweise bereits umgesetzt sind: die Standardisierung von Finanztiteln, die Etablierung einer Institution für Produktstandards und eines Finanz-TÜVs, die öffentliche Aufsicht über alle Finanzintermediäre (Banken, Hedge- + Private Equity Fonds, etc.), eine globale Finanzaufsicht, eine drastische Einschränkung oder ein Verbot der Verbriefung von Krediten, damit die Banken wieder ihrer originären Aufgabe nachkommen (Evaluierung von Projekten und Schuldern, Kreditvergabe, Aufsicht der Kreditverwendung), antizyklische Eigenkapitalregelungen und/oder Mindestreserven auf Finanzaktiva, Verbot oder starke Begrenzung von Aktienrückkäufen, Begrenzung und Mindesthaltedauer für Aktienoptionen für Manager, Verbesserte Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten, allgemeine Steuer auf Finanztransaktionen, Steuern auf Veräußerungsgewinnen auch für Kapitalgesellschaften, etc. Zum anderen ist eine Neu-Ausrichtung von Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik auf das Ziel einer ausgewogenen binnenorientierten Entwicklung erforderlich, insbesondere in den bisherigen Überschussländern (Deutschland, Japan, China). Die erfordert eine Politik der niedrigen Zinsen durch die Zentralbank, eine expansive (kompensatorische) Finanzpolitik, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der Nähe von Vollbeschäftigung hält, sowie eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, durch die Preisniveau und Verteilung stabilisiert werden. Gleichzeitig ist eine Politik der Umverteilung von „oben nach unten“ durch die Steuer- und Sozialpolitik erforderlich (progressive Einkommenssteuer mit höheren Höchstsätzen, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, ...). Auf internationaler Ebene ist eine stärkere Abstimmung der Makro- und der Währungspolitik im Rahmen einer Neuen Weltwährungsordnung erforderlich. Diese sollte Wechselkursziele mit symmetrischen Anpassungslasten zwischen den großen Währungsräumen sowie Kapitalverkehrskontrollen einschließen.

Wolfgang Müller:

Die Eigentumsfrage stellt sich neu, auch für die Gewerkschaften: Wenn – wie im Finanzmarktkapitalismus inzwischen die Regel – ein Investor ohne Eigenmittel, nur kreditfinanziert eine Firma übernehmen kann und die Belegschaft den Kaufpreis, also die Kredittilgung, sowie die nötigen Investitionen komplett finanziert, gibt es keinerlei moralische Rechtfertigung mehr, den Eigentumstitel des Investors zu schützen. Diese Finanzakrobatik – Beispiele Conti/Schaeffler oder Porsche/VW – hat zudem die Krise verschärft.

UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Die Eigentumsfrage oder das Thema Kapitalbeteiligung der Beschäftigten steht aber nicht nur im Zusammenhang der Stabilisierung des Wirtschaftssystems.

Es geht um mehr, um Demokratie, um die Diskussion der Ziele unseres Wirtschaftens. In der Wirtschaft endet bekanntlich der demokratische Sektor. Wenn das so bleibt, wenn es keine Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft gibt, ist ein nachhaltiges zukunftsfähiges Wirtschaften unmöglich, sind die nächsten Überproduktions- und Unterkonsumtionskrisen programmiert.

Wilfried Preisendörfer:

Idealerweise wäre die Einrichtung einer unabhängigen weltweit anerkannten „Finanz(markt-) Aufsicht“ anzustreben.

Nicht Deregulierung wie in der Vergangenheit sondern eine straffe weltweit gültige Regulierung der Finanzmärkte ist erforderlich. Es darf keine Schlupflöcher, wie z. B. Finanz- und Steueroasen mehr geben, so dass die bislang praktizierte Steuer- und Finanzflucht unterbunden wird

Der bisherige Einfluss der Ratingagenturen muss gestoppt werden. Wir brauchen unabhängige, staatliche Ratingagenturen.

Alle Finanzmarktprodukte, die zukünftig angeboten werden, müssen vorher überprüft werden und dürfen erst nach entsprechender „Zulassung“ in den Markt gelangen. Finanzzockereien müssen zukünftig verboten werden.

Ebenso bin ich für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Eigenkapital-Renditeziele von 25 %, wie in der Vergangenheit vorgegeben, sind unseriös. Diese würden zukünftig erneut die Finanzmarktjongleure fördern.

Jede Bürgerin, jeder Bürger muss einen gesetzlich geregelten Anspruch auf ein Bankgirokonto haben. Wohin das führt, wenn es dieses nicht gibt, zeigt uns Großbritannien. Dort sind mehr als 1 Million Haushalte ohne Kontoverbindung, weil sie den wenigen dort tätigen Großbanken nicht profitabel waren. Ebenso haben sich diese Banken aus Kosten- besser gesagt aus Profitgründen aus der Fläche verabschiedet, so dass dort ganze Landstriche, vor allen Dingen in den ländlichen Bereichen, ohne Bankfiliale sind.

Dieses ist bei uns in Deutschland anders. Die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken sind bundesweit mit ihren Zweigstellen vertreten. Ebenso sind die Sparkassen durch den Kontrahierungszwang in Deutschland verpflichtet, grundsätzlich jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Girokonto zu eröffnen.

Unser 3 Säulen-Modell ist einzigartig. M. E. kann dieses als Vorlage für ein neu zu schaffendes weltweites Finanzmarktmodell dienen.